

Widerstand gegen asoziale Regierungspolitik vernetzen

Im Schatten der Fußball-WM wird von der Koalition eine asoziale „Reform“ nach der anderen durch die Gremien gepeitscht. Angefangen hat der Angriff auf die Lebensbedingungen der Erwerbslosen mit der »Reform« der Reform von Hartz IV. Dann kam das Haushaltsbegleitgesetz und damit die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent. Als letztes Paket kam dann die Gesundheitsreform. Es geht zu wie im Lehrbuch der Alt-Linken, wonach die Herrschenden mit Spielen ablenken, um ihre asoziale Politik durchzuziehen.

Haushaltsbegleitgesetz - größte und ungerechteste Umverteilungsaktion in der Geschichte der Bundesrepublik

Die Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozent ab 2007 ist die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik, aber auch die unsozialste Form aller Steuererhöhungen. Fast 20 Milliarden Euro werden damit unseren Geldbeuteln entzogen. Sie trifft vor allen Dingen diejenigen am härtesten, die einen Großteil ihres Einkommens brauchen, um damit Dinge des lebensnotwendigen Bedarfes zu kaufen. Dies sind: Familien, Rentner, Alleinerziehende, Arbeitslose. Sie ist eine Umverteilungsaktion großen Umfangs von unten nach oben. Den Armen wird es genommen, den Reichen gegeben. Denn: Der größte Teil des Geldes soll ohne große Umwege direkt in die Taschen der großen Unternehmen und gut Verdienenden fließen. Acht Milliarden Euro sollen sie durch die bevorstehende Unternehmenssteuerreform erhalten, weitere 3,5 Milliarden durch die Senkung ihres Anteils zur Arbeitslosenversicherung. Weitere 3,5 bis 4 Milliarden gehen über die Mehrkosten durch die Änderungen beim Elterngeld in Mittelschichtsfamilien.

Gesundheitsreform – Zeche zahlen die gesetzlich Versicherten

Bei der Gesundheitsreform zahlen mal wieder die gesetzlich Versicherten die Zeche in Form von höheren Beiträgen. Ansonsten gibt es von allem ein bisschen: ein bisschen paritätische Finanzierung, ein bisschen Pauschalzahlung, ein bisschen mehr Wettbewerb und ein bisschen Steuerfinanzierung. Die Riesenprofite der Pharmaindustrie bleiben bis auf ein paar kosmetische Eingriffe ebenso unangetastet wie die der Apotheken. Die Apparate von über 200 gesetzlichen Krankenkassen erhalten ebenso Bestandsschutz wie die

Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), und das absurde Konstrukt eines parallel betriebenen Privatversicherungssystems für Besserverdienende ohne Einbeziehung in den Solidarausgleich wird fortgeschrieben.

Demonstrationsstreiks durchführen

Dies wird nun offenbar auch den Gewerkschaftsoberen zu viel. Mit Regionaldemonstrationen am 21. Oktober in sechs Städten – die Rede ist von Berlin, Stuttgart, München, Frankfurt/Main, Hamburg und Düsseldorf – sollen im Herbst viele der schwarz-roten „Reform“vorhaben auch mit Demonstrationen begleitet werden«, so DGB-Chef Michael Sommer gegenüber der Presse. Damit es nicht nur bei „Dampfblaskaktionen“ bleibt wie 2004 müssen künftige Demonstrationen während der Arbeitszeit stattfinden, so dass zumindest die gut organisierten Belegschaften diese als Demonstrationstreiks durchführen können. Das würde klarmachen, dass es die Gewerkschaften mit dem Widerstand ernst meinen. Des weiteren muss der DGB glaubwürdig überbringen, dass er eine dauerhafte Unruhe auf der Straße und in den Betrieben organisieren wird. Und drittens muss die große Koalition massenhaft an politischer Zustimmung verlieren und die Linke davon profitieren. Zudem gilt es, die Bündnisse zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen weiterzuentwickeln. Der 3. Juni hat allerdings gezeigt, dass Globalisierungskritiker und Erwerbsloseninitiativen ohne die Einbeziehung der gewerkschaftlichen Basisstrukturen nicht mobilisierungsfähig genug sind. Wir brauchen uns gegenseitig.

Christa Hourani, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

3. Juni 2006 in Berlin: Die soziale Bewegung gewinnt Kontur

Für die Demonstration am 3. Juni in Berlin („Schluss mit den Reformen gegen uns“) hatte ein recht breites Bündnis aufgerufen, aber nicht sehr viele politische Organisationen hatten wirklich mobilisiert. Trotz hinderlicher Voraussetzungen (der Termin wurde mehrfach verschoben und lag mit dem Pfingstsonntag sehr ungünstig) kamen immerhin etwa 20 000 Menschen zusammen. Zwar wurde damit bei weitem nicht die Dimension des 1. November 2003 erreicht, aber es gilt doch einiges festzuhalten:

➤ Obwohl einige der verbal auf Proteste setzenden Kräfte eher verzögernd gewirkt haben, kam die Demonstration zustande und war im Wesentlichen ein Erfolg der Erwerbslosenstrukturen. Neben einigen kleineren politischen Gruppen hat nur die Gewerkschaftslinker wirklich nennenswert zum Gelingen beigetragen. Größere Verbände (etwa Attac) haben nicht aktiv mobilisiert und die Gewerkschaftsführungen sind völlig abgetaucht. Umso bemerkenswerter ist, dass mit dem 3. Juni die soziale Bewegung (von unten) als bundesweite Bewegung sichtbar geworden ist.

➤ Trotz miserablen Wetter und geringer Unterstützung durch die „Großverbände“ haben die Teilnehmenden – so weit dies sichtbar wurde und „hochgerechnet“ werden kann – die Demonstration als einen Erfolg angesehen und sind politisch gestärkt zurückgekehrt.

➤ Auch die provozierenden Knüppelinsätze der Berliner Polizei (die wohl gemerkt unter dem Befehl eines „rot-roten“

Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Gegen Entlassungen – für den Erhalt tariflicher und sozialer Standards – Perspektiven und Kampfformen

Samstag, 30. September / Sonntag, 1. Oktober 2006
im DGB-Haus Frankfurt / Main

Wilhelm-Leuschnerstr. 69-77, Großer Saal (Nähe Hauptbahnhof)

Weitere Infos unter: www.labournet.de/GewLinke

Senats steht) konnten die Demonstration nicht spalten und wurden solidarisch zurückgedrängt.

➤ Das Spektrum der RednerInnen (einige Reden waren wirklich ermutigend und voller Aufbruchstimmung, auch die des Vertreters der französischen Studierenden) und der Teilnehmenden lassen erkennen, dass die Spaltungen der Montagsdemos von 2004 ansatzweise überwunden werden. Daran sollte weiter gearbeitet werden, zumal mit den aktuellen Beschlüssen der Bundesregierung der Unmut in weiten Kreisen der Bevölkerung wächst. Wenn sich diese Stimmung verstärkt, wird der 3. Juni ein wichtiges Bindeglied im Aufbau eines breiten Netzwerkes gewesen sein. Das Motto muss lauten: Alle gemeinsam auf die Straße gegen Sozialabbau und Entlassungen!

Tarifabschluss öffentlicher Dienst Länder: Mit einem blauen Auge davon gekommen

Nach zweieinhalbjährigem tariflosem Zustand in den tariflichen Regelungsbereichen zur Arbeitszeit und Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) konnte ver.di Ende Mai 2006 einen Tarifvertrag abschließen, der am 1. November d. J. in Kraft tritt. Der Tarifabschluss ist kein Wunschergebnis. Zu diesem Zeitpunkt gab es jedoch dazu keine realistische Alternative.

Zwar konnte die bei den Neueingestellten bereits vollzogene 41-Stunden-Woche (in Baden-Württemberg) verhindert werden. Die durchschnittliche Arbeitszeit wurde je nach Bundesland um ca. eine Stunde verlängert. Die hauptsächlichen Streikbetriebe bleiben jedoch bei 38,5 (Theater, Kliniken, Autobahnmeistereien und Schichtarbeiter). Mit leichter Differenzierung wurde der TV ÖD für die Länder übernommen (TV L).

Zweieinhalb Jahre lang reagierte ver.di in dem schwach organisierten Bereich (keine fünf Prozent Organisationsgrad) mit Nadelstichstreiks auf die Kündigung der Tarifverträge, ohne dass es eine nennenswerte Reaktion der TdL (Tarifgemeinschaft der Länder) gab. Ein Teil der Länderregierungen (Stoiber, Möllring usw.) wollte gegenüber ver.di ein Tarifiediktat durchsetzen oder alternativ vorexerzieren, dass sie auch ohne Tarifvertrag gut leben können. Offen wurde ausgesprochen, dass diese Haltung eine Türöffner- und Vorbildfunktion für den privaten Sektor haben soll.



In verschiedenen Bundesländern, vor allem auch in Baden-Württemberg, bekamen die Streiks der Länder einen Auftrieb, als die kommunalen Beschäftigten die Arbeit niederlegten. In Stuttgart wurden immer wieder die Länderbeschäftigten zusammen mit den Kommunalbeschäftigten in den Streik gerufen. Nach dem Abschluss für die Kommunen streikten verschiedene Länderbetriebe weiter. So z. B. das Statistische Landesamt. Bundesweit waren dies ca. 150 Betriebe und Einrichtungen. In Stuttgart, aber auch in Baden-Württemberg, waren dies überwiegend die Universitäten, die Staatstheater, die Wilhelma, die Staatliche Münze und die Zentren für Psychiatrie. Letztere haben diese Tage den Austritt aus dem Arbeitgeberverband erklärt, weil ihnen der Abschluss zu hoch ist.

ver.di hatte zu diesem Tarifabschluss keine Alternative, zumal er

➤ Die in der Organisierung der Demo aktiven Strukturen arbeiten weiter und werden (hoffentlich) auf der Koordinationstagung in Bonn weitere Schritte beschließen. Die Infos werden auf der weiter existierenden Website www.protest2006.de zu finden sein. Die Gewerkschaftslinken sollte als wichtiger Bestandteil in dieser Struktur weiter mitarbeiten und bei neuen bundesweiten Aktivitäten mitwirken. Dies erst recht dann, wenn die vom DGB für den Herbst angekündigten Proteste sich in „Dampfblaskaktionen“ erschöpfen sollten.

Jakob Schäfer, Forum gewerkschaftliche Gegenmacht - Wiesbaden

so gestrickt ist, dass die Meistbegünstigungsklausel nicht zur Anwendung kommt. Zum Zeitpunkt des Tarifabschlusses waren bereits 25 % der Länderbeschäftigten in Baden-Württemberg in der 41-Stunden-Woche und bekamen kein Urlaubsgeld bzw. nur noch ein abgesenktes Weihnachtsgeld. Die Zahl wäre von Monat zu Monat weiter gestiegen (bei den Universitäten waren es schon über 50 %). Für die Neueingestellten ist es jetzt eine reale Arbeitszeitverkürzung und die in der Regel höheren Sonderzahlungen kosten die Länder echtes Geld. Je später ein Abschluss gekommen wäre, um so teurer wäre er geworden und um so mehr Kraft hätte ver.di entwickeln müssen.

Positiv ist, dass in diesem Bereich überhaupt Einrichtungen und Betriebe z. T. 10 bis 12 Wochen im Streik waren. Das ist neu und weckt Hoffnungen für die Zukunft. Tatsache ist, dass es nur eine kleine Minderheit der Beschäftigten war, die gestreikt hatten. Ein Kollege hat es auf den Punkt gebracht: „Wenn wir mit 5 % einen solchen Abschluss erreichen, was hätten wir erst erreichen können, wenn 30 % gestreikt hätten.“ Welche Auswirkungen die Streiks des Marburger Bundes auf den Abschluss hatten, ist schwer zu sagen. Es ist jedoch anzunehmen, dass sie ver.di beim Abschluss geholfen haben, so kritisch auch diese Landesorganisation betrachtet werden muss.

Bei der bundesweiten Streikkoordination wurden große Fehler gemacht. Gerade in gewerkschaftlich schwachen Bereichen muss mehr über die einzelnen Streikmaßnahmen informiert werden, um die Isolierung aufzubrechen. Das wurde nicht geleistet.

Die Strategie, mit dem TV ÖD, in dem erhebliche Zugeständnisse an die Arbeitgeber gemacht wurden, einen neuen einheitlichen Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten in Bund, Land und Kommunen herzustellen, ist nicht aufgegangen. Es gibt jetzt Tarifverträge mit hohem Differenzierungsgrad und die Flucht einzelner Teile des öffentlichen Dienstes aus den Tarifverträgen ist bisher nicht gestoppt. Die einzelnen Beschäftigtengruppen müssen in einem mühsamen Prozess lernen, selbst zu kämpfen. Die Zeiten, in der andere für sie die Tarifverträge durchsetzten, sind unwiederbringlich vorbei.

Bernd Riexinger, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt
Tel: 06182/782306

HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 10. Juli 2006

7,50 € Mindestlohn sind ein Skandal – Mindestens 10 € müssen her!

Eine hohe industrielle Reservearmee ist dem Kapital so willkommen, dass ihm rein gar nichts am Abbau der Erwerbslosigkeit liegt. Auf breiter Front wird diese zum Absenken der Löhne genutzt, oft über die Ausdehnung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. In vielen Bereichen werden reguläre Stellen durch Billigjobs ersetzt. (Minijobs, Midijobs, 1-Euro-Jobs usw.)

Die Regierenden unterstützen dies, denn gemäß der vorherrschenden neoliberalen Logik sind die hohen Lohnkosten an der Erwerbslosigkeit schuld und nicht etwa das kapitalistische System. Die konkrete Lohndrückerfunktion der Regierungspolitik wird nicht zuletzt an den verschärften Zumutbarkeitsregelungen für ALG II-EmpfängerInnen deutlich (mit dem „Optimierungsgesetz“ gibt es keinen Berufsschutz mehr, die „Verfolgungsmanager“ sollen zur Arbeitsaufnahme zu Löhnen zwingen, die bis zu einem Drittel unter den örtlichen Tarifen liegen usw.)

Seit Anfang der 90er Jahre dehnt sich der Niedriglohnssektor permanent aus. Selbst nach den Erhebungen der Bundesregierung gibt es 130 Tätigkeitsfelder, in denen zu Löhnen unterhalb der Armutsschwelle gearbeitet wird. Die OECD definiert prekäre Löhne als Einkommen, die unter 75% des Durchschnittseinkommens sind, und als Armutslöhne solche, die noch nicht einmal 50% erreichen. Das Durchschnittseinkommen liegt heute bei 2900 €.

DGB-Kampagne skandalös

Das WSI weist nach, dass 23,8% der KollegInnen zu prekären Löhnen und 12,1% zu Armutslöhnen beschäftigt sind, und plädiert seit Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn, um dem freien Fall entgegenzuwirken. Außer der NGG und der IG BAU haben alle Einzelgewerkschaften und der DGB seit Jahren Mindestlöhne mit dem fadenscheinigen Argument abgelehnt, damit werde in die Tarifautonomie eingegriffen. Dass staatlich festgelegte und für alle Beschäftigten gleiche Mindestbedingungen noch nie bessere Tarifabschlüsse verhindert haben (etwa in der Frage der Höchstarbeitszeit, der Urlaubstage), kann auch der DGB inzwischen nicht mehr leugnen. Angesichts der nackten Fakten im Niedriglohnbereich ist der Handlungsdruck inzwischen einfach zu groß geworden.

Die wahren Gründe für die ablehnende Haltung des DGB sind andere: Die Gewerkschaften haben in vielen Fällen Tarife abgeschlossen, die nichts anderes als nackte Armutslöhne sind. Auch der TVöD vom September 2005 hat mit der Einführung einer neuen Niedriglohngruppe die Einkommen dieser Beschäftigten um 300 €

auf 1286 € abgesenkt. Am skandalösesten sind die ohne Not abgeschlossenen Tarifverträge für LeiharbeiterInnen (mit den Verbänden IGZ und BZA). Damit wurde die EU-Richtlinie zu „equal pay“ (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) ausgehebelt. Gäbe es keine Tarifverträge, müsste den LeiharbeiterInnen in der Metallindustrie statt i.d.R. zwischen 7,10 und 8,20 Euro zwischen 12 und 15 Euro gezahlt werden. Dann wäre Leiharbeit für die Unternehmen nicht mehr so lukrativ und mehr Menschen könnten stattdessen reguläre Jobs antreten. Damit haben die Gewerkschaften übrigens selbst eine wesentliche Bedingung dafür geschaffen, dass die von der IG Metall prognostizierte Steigerung der Leiharbeit bis 2010 von heute 400 000 auf 850 000 LeiharbeiterInnen eintreten wird.

Die von den Einzelgewerkschaften abgeschlossenen skandalösen Tarife sind der wahre Grund, warum der DGB einen Mindestlohn von nur 7,50 € fordert. Nicht das Existenzminimum oder die selbst von der OECD als Armutsschwelle definierte Größe ist für den DGB der Maßstab, sondern

- was man der Wirtschaft „zumuten“ kann, um wettbewerbsfähig zu bleiben (bzw. den „öffentlichen Arbeitgebern“, um die Haushalte nicht zu sehr zu belasten);
- was die eigenen TV nicht blamabel aussehen lässt und
- was „uns“ in seiner Höhe im Vergleich zum Ausland „in guter Gesellschaft“ aussehen lässt.

Für konsequente GewerkschafterInnen darf aber all das nicht maßgeblich sein. Die einzige Messlatte muss das sein, was die Menschen brauchen, um hier (über)leben zu können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Alles, was unter 10.- € in der Stunde ist, erlaubt dies gerade nicht.

Der Mindestlohn muss

- so hoch sein, dass ein Runterziehen von heutigen Niedriglöhnen ausgeschlossen wird. Die besser organisierten Bereiche können sich einer Abwärtsspirale dann am besten entziehen, je mehr Menschen richtig was dazu bekommen (bei 10 € müssten die Löhne von mindestens 6 Mio. Menschen angehoben werden);
- für alle Bereiche und Tätigkeiten absolut gleich sein; außerdem muss der Mindestlohn jährlich an die steigenden Lebenshaltungskosten angeglichen werden.

Jakob Schäfer, Forum gewerkschaftliche Gegenmacht - Wiesbaden

Ende des Streiks bei CNH: „Sozialtarifvertrag“ als Ergebnis des 107tägigen Arbeitskampfes

Der längste Arbeitskampf in der Berliner Nachkriegsgeschichte ist beendet. Nach 107 Tagen Streik nahmen die Beschäftigten des Spandauer Baumaschinenherstellers Case New Holland (CNH) wieder die Arbeit auf. Mit einem Urabstimmungsergebnis von ca. 70 Prozent hatte die Belegschaft zuvor den von der IG Metall ausgehandelten „Sozialtarifvertrag“ akzeptiert.

Offenbar sind viele Beschäftigte vom Ergebnis dieser hart geführten Auseinandersetzung enttäuscht – und das nicht zu Unrecht. Schließlich wurde das eigentliche Ziel des Arbeitskampfes – die Schließung des Werks zu verhindern – nicht erreicht. 333 Arbeiter werden ihren Job verlieren. Etwas abgemildert wird deren Schicksal durch Abfindungen „auf AEG-Niveau“ und die Einrichtung einer Beschäftigungsgesellschaft. 29 Millionen Euro muss das zum Fiat-Konzern gehörende Unternehmen hierfür rausrücken. Mit Hilfe einer Unternehmensberatung und des Senats, der über 70 Millionen Euro an CNH gezahlter Subventionen zurückverlangt, will die IG Metall nun versuchen, alternative Beschäftigungsmöglichkeiten für die Betroffenen zu finden. Vor dem Hintergrund der von Deindustrialisierung geprägten Arbeitsmarktsituation in der Hauptstadt sollte man hierauf aber nicht allzu große Hoffnungen setzen.

Welche Lehren sind aus diesem Kampf zu ziehen?

Positiv war sicherlich die Entschlossenheit und das Durchhaltevermögen der um ihre Zukunft kämpfenden Belegschaft. Dabei haben die KollegInnen viel auf die Beine gestellt: Öffentlichkeitswirksame Aktionen haben CNH immer wieder in die Hauptstadtspresse gebracht. Es wurde versucht, den Streik mit den Auseinandersetzungen in anderen Betrieben durch gegenseitige Besuche zu verbinden. Auch Kontakte zu den Kollegen des italienischen Mutterkonzerns und nach Frankreich wurden aufgebaut – zum Beispiel durch die Teilnahme von CNH-Kollegen an der 1.-Mai-Demonstration in Turin.

Dennoch: Das Ergebnis des Arbeitskampfes hat auch die bisherigen programmatischen und methodischen Grenzen aufgezeigt: Mit Streik allein ist ein multinational agierender Konzern offenbar nicht davon abzuhalten, seine Schließungspläne zu realisieren. Die Strategie, den Streik um einen „Sozialtarifvertrag“ zu führen und somit zu legalisieren, kann die Tendenz zu faulen Kompromissen befördern. Wenn in Zukunft die Eigentumsfrage in den gewerkschaftlichen Programmen und vor allem in den Köpfen der Betroffenen nicht wieder eine gewichtige Rolle spielt, wird es schwer sein, Auseinandersetzungen erfolgreich zu gestalten.

Daniel Behruzi, Netzwerk für eine kämpf. und demokr. ver.di Berlin

Verteidigt die demokratischen Rechte der gewerkschaftlichen FunktionsträgerInnen um die kritische Betriebszeitung *alternative* bei DaimlerChrysler Untertürkheim!

Im Werk Untertürkheim von DaimlerChrysler droht eine gravierende Verletzung demokratischer Prinzipien. Als gewählte Betriebsräte und IGM-Mitglieder werden 4 Kollegen bereits seit Herbst 2004 von den IGM-Fraktionssitzungen und später auch von den Vertrauensleutesitzungen ferngehalten.

Jetzt soll allen gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Betriebsräten um die Betriebszeitung *alternative* die Mitarbeit in den betrieblichen Strukturen der Gewerkschaft, d.h. den Vertrauenskörpern und Vertrauenskörperleitungen untersagt werden.

Seit Jahren engagieren sich die KollegInnen um die Betriebszeitung *alternative* für die Interessen der Belegschaft von Untertürkheim. Ihre offene Informationspolitik und ihr engagiertes Auftreten haben immer wieder ganz wesentlich zu den erfolgreichen betrieblichen Mobilisierungen beigetragen, nicht zuletzt zu der beeindruckenden Demonstration im Juni 2004 auf der B 10.

Dieses Engagement wurde von den KollegInnen, vor allem in dem kampfstarken Werksteil Mettingen mit einem guten Abschneiden bei der BR-Wahl belohnt. Dort erzielten diese KollegInnen 45% der Stimmen. Insgesamt kam ihre Liste im Werk Untertürkheim auf 10 Sitze.

Zur Aufstellung einer eigenen Liste waren sie gezwungen, weil die BR-Spitze verlangt hatte, dass die (damals noch 4) BR-Kollegen um die Zeitung *alternative* gegenüber den KollegInnen nur die Meinung der BR-Mehrheit vertreten und sie ihre Betriebszeitung einstellen. Diese Zeitung wird herausgegeben, weil ihre Positionen zu kontroversen betrieblichen Fragen nicht in der Betriebszeitung **SCHEIBENWISCHER** gebracht wurden.

Der Maulkorb richtet sich gegen eine konsequente Interessenpolitik und soll die Kritik am Co-Management-Kurs der BR-Mehrheit mundtot machen. Die Erklärung der Bevollmächtigten der Verwaltungsstellen Esslingen und Stuttgart die *alternative* repräsentiere eine gegnerische Liste, stimmt einfach nicht. Die Betriebszeitung wird regelmäßig ins Labournet eingestellt und jede/r kann sich davon überzeugen, dass mit diesem Blatt ein konsequenter gewerkschaftlicher Kurs vertreten wird.

Über den Kurs unsrer Gewerkschaft sollte offen und ehrlich gestritten werden und unbequeme Meinungen sollten nicht mit administrativen Maßnahmen unterdrückt werden. Wenn dem Kurs des massiven Stellenabbaus etwas Wirksames entgegen gesetzt werden soll, dann brauchen wir eine kämpferische und demokratisch funktionierende Organisation. Kritische und kämpferische Kräfte dürfen nicht an den Rand oder gar aus der Organisation gedrängt werden!

Wir fordern die Verwaltungsstellen Stuttgart und Esslingen der IG Metall sowie die Betriebsratsspitze von DC auf, umgehend für die Wahrung der demokratischen Rechte der gewählten Betriebsräte und Vertrauensleute zu sorgen:

- Bestätigung aller IG Metaller im Betriebsrat als Mitglieder des Vertrauensleutekörpers!
- Gleiche Rechte für alle IGM-Vertrauensleute bei DC Untertürkheim!
- Schluss mit der Ausgrenzungspolitik in der IGM bei DC Untertürkheim

Wir werden uns bei allen dafür sich bietenden Gewerkschaftsversammlungen den Fall bekannt machen und für die Einhaltung der demokratischen Rechte eintreten. Und wir werden nicht eher Ruhe geben, bis diese Rechte auch für gewerkschaftlich aktiven KollegInnen um die Betriebszeitung *alternative* gilt

Die Unterzeichnenden sind ausnahmslos Gewerkschaftsmitglieder und seit Jahren in unterschiedlichen Funktionen für die Organisation aktiv. Wir bitten um Proteste an die IGM-Ortsverwaltungen, den Betriebsratsvorsitzenden in Untertürkheim und den Vorstand der IG Metall:

ErstunterzeichnerInnen:

Jakob Moneta, ehem. Chefredakteur der „Metall“-Zeitung / Klaus Düber, IGM, Betriebsratsmitglied KME Brass, Werk Berlin / Ayhan Zeytin, IGM, ARCELOR-Bremen, Betriebsrat, stellvertretender VK-Leiter / Udo Bonn, IGM, BRV, Köln / Peter Minn, IGM, BR, Ffm / Wolfgang Alles, IGM, BR, Mannheim / Klaus-Peter Löwen IGM, BR, Stuttgart / Klaus Kerner, IGM, BR, Karlsruhe / Hermann Dierkes, IGM, BR, Duisburg/ Jakob Schäfer, IGM, BRV, Wiesbaden / Christa Hourani, IGM Betriebsrätin, VKL-Mitglied DC Zentrale Stuttgart / Achim Bigus, IGM, BR, VK-Leiter Karmann-Osnabrück / Fritz Stahl, Rentner, ehem. IGM-VM DC Mannheim / Angela Hidding, ATZ, ehem. BR DC Mannheim, IGM-Delegierte Mannheim / Gertrud Moll, IGM-Betriebsrätin Bosch Feuerbach und Delegierte / Heinz Hummler IGM ehem. BRV bei Trafo Union Stuttgart und Siemens Kirchheim T. / Philipp Vollrath IGM, BR, Stuttgart / Christiana Boissevain, IG-Metall Vertrauensmann GKN-Aerospace GmbH-München / Matthias Fritz, VK-Leiter, BR, Mahle Stuttgart / Kirsten Huckenbeck, ver.di, Redaktion express / Günther Klein; PR ; VLL; Mitglied im Bezirksvorstand FB5 ver.di / Bernd Riexinger, ver.di, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften / LabourNet Germany - Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch / Dieter Wegner, ver.di Hamburg

Folgende Unterzeichner sind alle von DC Werk Bremen und IGM-Mitglieder:

Peter Graß, Vertrauensmann (VM) / Helmut Franz, VM / Helmut Stelter, VM / Klaus Hopmann, VM / Holger Slowik, VM / Lothar Klier, VM / Marco Bothe, VM / Uwe Müller, VM, Delegierter, BR / Joachim Kohrt, VM, Delegierter, BR / Gerhard Kupfer, Mitgl. VKL und Tarifkommission, Delegierter, BR / Frank Kotte, VM, BR / Joachim Kammlott, VM, Delegierter, BR / Claus Wessels, VM, Delegierter, BR / Uwe Muth, Mitgl. VKL, Delegierter / Thomas Langenbach, VM / Avelino Vazquez, VM / Julia Nanninga, Delegierte, Mitgl. JAV / Herbert Mogck, VM, Delegierter, BR / Gerwin Goldstein, VM / Norman Freiherst, VM / Mathias Puschmann, VM, BR

Protestschreiben bitte richten an:

IGM Esslingen, z.H. Sieghard Bender und Mitglieder des Ortsvorstands: Fax: (0711) 93 18 05-34, mail: esslingen@igmetall.de

IGM Stuttgart, z.H. Hans Baur und Mitglieder des Ortsvorstands: Fax: (0711) 162 78 49, mail: stuttgart@igmetall.de

Helmut Lense, BR-Vorsitzender Untertürkheim: Fax (0711) 175 33 20; mail: Helmut.Lense@daimlerchrysler.com

IGM-Vorstand, z.H. Jürgen Peters, Berthold Huber: Fax: (069) 6693-2843

Weitere Unterschriften bitte melden bei:
Forum Gew. Gegenmacht: Mail: gegewi@t-online.de

Weitere Infos: www.labournet.de
Branchennachrichten > DaimlerChrysler > Raum Stuttgart